

IX. Der Standort: Dynamik für Deutschland

Aus deutscher Sicht wurde die dritte Globalisierung eine wichtige Herausforderung nationalstaatlicher Politik in den 2000er Jahren. Sie konfrontierte das Land – und dies in einem engen Zusammenhang mit der großen Herausforderung der deutschen Wiedervereinigung – mit komplizierten Fragen der nationalen Selbstorganisation und der Einordnung in sein internationales Umfeld. Es verwunderte deshalb nicht, dass mit dieser doppelten Herausforderung Unruhe, Zweifel und Ängste mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes entstanden. In einem großen Kraftakt konnte die Bundesrepublik Deutschland die Fragen der nationalen Sicherheit und Selbstorganisation mit einer innovativen Politikgestaltung bewältigen: Alle politischen Parteien zogen an einem Strang, mit der Einrichtung der Treuhandanstalt wurde die ökonomische Restrukturierung Ostdeutschlands bewältigt, eine nationale DM-Währungsunion wurde etabliert, der Zwei-plus-Vier-Vertrag regelte das Verhältnis Deutschlands zu den ehemaligen Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, das neue Deutschland wurde relativ geräuschlos und konfliktarm in das europäische Umfeld der Europäischen Union und der NATO sanft konfiguriert.

Es herrschte nach anfänglichen Widerständen seitens Großbritanniens und Frankreichs – relativ – rasch Ruhe hinsichtlich der ›Deutschen Frage‹, die in überraschend kurzer Zeit ad acta gelegt wurde. Die Nation wurde lockerer, als in den 1990er Jahren die sozio-ökonomische und politische Einigung des Landes gelang und in den 2000er Jahren die Deutschen mit einer gemäßigten Außenpolitik Sympathien und Vertrauen erlangen konnten. Hier spielte auch ein politischer Generationenwechsel eine wichtige Rolle, bei der die grüne Partei realistischer, die Sozialdemokraten und die CDU/CSU ›mittiger‹ und der Liberalismus der FDP wieder regierungsrelevant wurden. Politischer Extremismus hatte in Deutschland keine breite Basis. Das deutsche Regierungshandeln war mit Blick auf die Balkankrise, den Zweiten Irakkrieg oder den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr moderat und europäisch abgestimmt.

Deutschland prosperierte angesichts der Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft und ihrer Exportorientierung und schuf eine Situation, in der die Welt alle Befürchtungen der Deutschen Frage zu vergessen bereit war. Aber die

sozio-ökonomischen Probleme des Landes nahmen wie auch im gesamten Raum der Europäischen Union angesichts des sich rasch verstärkenden internationalen Wettbewerbs stetig zu. Deutschland fand in dieser Situation eine eigene Antwort und stellte sich im Rahmen der Agenda 2010 den Realitäten einer scharfen internationalen ökonomischen Konkurrenz. Deutschland wurde so eine Wettbewerbsgesellschaft. Sie musste eine neue Balance schaffen zwischen ökonomischer Leistungsfähigkeit, sozialem Ausgleich und systemischer Gerechtigkeit. Wie in allen anderen Ländern auch erregte der Druck der Globalisierung auch in der Bundesrepublik zunehmend die Aufmerksamkeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Und jedes Land in Europa sowie die Europäische Union reagierte auf seine Art und Weise auf die veränderten Realitäten der nationalen und regionalen Selbstorganisation. Dabei wurden Probleme und Konflikte benannt, Auseinandersetzung hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit einer alternden Gesellschaft in einem dynamischen internationalen Umfeld mit vielen neuen Konfliktlagen thematisiert und als Zukunftsprobleme relevant, von denen vieles dramatisiert, einiges gelöst und anderes noch immer politisch bestimmend ist. Ich möchte deshalb wissen, was heute und in Zukunft zählt und was sich im Globalisierungsdiskurs im Zeitverlauf bewahrheitet hat und was nicht.

1. DIE REALITÄTEN DER WETTBEWERBSGESELLSCHAFT

Deutschland stand vor der Herausforderung, den zunehmenden Wettbewerbscharakter der Globalisierung innerhalb der eigenen Wirtschaft und Gesellschaft auszutarieren. Dies betraf grundlegende Merkmale der Sozialstruktur, das Ausbildungs- und Bildungssystem, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsordnung. Wettbewerb wurde immer stärker zum Momentum des Alltags. Das Land steht heute als Wettbewerbsgesellschaft gut da. Der Weg dorthin war allerdings steinig und schwer. Und auch in Zukunft wird dem Land nichts geschenkt. Die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung systemischen Umständen und dem Charakter seiner Bevölkerung und Wirtschaft zu verdanken.

Dies sind:

- der Mut und die Kraft, gegen politische Widerstände die notwendige Reformpolitik betrieben zu haben;
- die große wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, insbesondere des deutschen Mittelstandes;
- eine moderne Infrastruktur;
- die Konzentration auf Wissenschaft und technologische Innovationen;
- eine funktionierende korporative sozio-ökonomische Gesellschaftsordnung mit kooperationsfähigen und kooperationswilligen politischen Parteien;

- eine schlanke Parteienlandschaft mit funktionierenden Volksparteien;
- ein weitgehend funktionierendes föderales Ausgleichssystem;¹
- Augenmaß im außenpolitischen Verhalten und die konsequente Konzentration auf die weitere europäische Integration.

Vor dem Hintergrund der dritten Globalisierung ist die Belastungsfähigkeit der sozio-ökonomischen Strukturen der Republik essenziell. Sie haben dazu geführt, dass die Herausforderungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs für Deutschland so kanalisiert werden konnten, dass sich die unvermeidlichen Konflikte des nationalen Change-Managements im Rahmen hielten. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands ist klar, dass sich die Widerstandsfähigkeit im internationalen Wettbewerb oder die Innovationsfähigkeiten des Landes nicht automatisch in der Zukunft perpetuieren. Die sozio-ökonomische Leistungsfähigkeit und Elastizität hat Grenzen und die Bundesrepublik kann nur im Rahmen ihrer Möglichkeiten handeln.

Dies sind:

- eine Bevölkerung von etwa 80 Millionen Menschen;
- ein Bruttoinlandsprodukt von etwa drei Billionen Euro und ein Bruttoinlandsprodukt/pro Kopf von rund 44.000 Euro pro Jahr;
- eine industrielle Führerschaft von ›Hidden Champions‹ insbesondere in der Automobil-, Nutzfahrzeuge-, Elektrotechnik- und Chemieindustrie sowie der Versicherungsdienstleistungswirtschaft;
- ein leistungsfähiges duales Ausbildungssystem und eine funktionierende Fachhochschul- und Hochschullandschaft mit zum Teil international exzellenten Universitäten;
- ein korporatistisches Gesellschaftsverständnis mit kanalisierenden Mechanismen eines breiten Interessenausgleichs und akzeptierten Mechanismen der Konfliktbewältigung.

Für Deutschland stellen sich vor diesem Hintergrund Anschlussfragen: Wie lässt sich die Wettbewerbsfähigkeit des Landes nachhaltig sichern oder steigern? Welche strategischen Weichenstellungen oder Prioritäten sind für die Gesellschaft, Wirtschaft und Politik langfristig wichtig? Auf welche Aufgaben sollten sich Wirtschaft, Politik und Gesellschaft konzentrieren und wie lässt sich die Zukunft des Landes nachhaltig und resilient organisieren? In wirtschaftlicher Hinsicht erscheinen mir drei Politikfelder strategisch ent-

1 | Was nach den Beschlüssen der Bundesregierung und der Bundesländer im Jahr 2016 ab 2017 in ein modifiziertes System einer stärkeren finanziellen Beteiligung des Bundes überführt werden soll und damit die finanzstarken Bundesländer entlastet und den deutschen Föderalismus insgesamt stärkt.

scheidend zu sein: Die Erhaltung der industriellen Basis in Deutschland, insbesondere über den deutschen Mittelstand, eine Demographiestrategie, die sich den großen gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft stellt und eine konsequente Umsetzung der Migration im Rahmen einer intelligenten Integrationsstrategie. Innerhalb dieser Politikfelder spielen Fragen einer sozialpolitischen Agenda 2050, der technologischen Innovationsfähigkeit der deutschen Forschung und Industrie sowie der konsequenten Umsetzung der Energiewende im Spannungsfeld von Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle. Diese Akzente sind mit den politischen Zielen und Aufgaben der europäischen Integration eng verzahnt.

Wie funktioniert nationale Wettbewerbsfähigkeit in der Globalisierung?

Für ein Land wie Deutschland, das über keine nennenswerten Rohstoffe oder Bodenschätze verfügt und das es nicht vermag, Niedriglohnländern bei der Produktion billiger Güter und Dienstleistungen Paroli zu bieten, können Wettbewerbsvorteile nur durch Vorsprünge bei exzellenten Innovationen und im Wissens- und Forschungsbereich entstehen: So etwa bei technischen Verfahren und hochwertigen Gütern, beispielsweise in den Bereichen Logistik, Verkehr, Energie, sowie in der Biologie-, Medizin- und Pharmatechnik und in der Informations- oder Nanotechnologie. Aber auch durch moderne Dienstleistungen oder durch erstklassige Standards in Wissenschaft und Kultur kann internationale Wettbewerbsfähigkeit entstehen.

Die Theorie der nationalen Wettbewerbsvorteile macht Wettbewerbsfähigkeit in der Weltwirtschaft transparent und verständlich

Dieser Umstand wird in seiner Bedeutung für die Volkswirtschaften westlicher Prägung belegt durch die Theorie der Wettbewerbsvorteile der Nationen. Der Begründer dieser Theorie, der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Michael E. Porter, machte die Zukunftsfähigkeit der Marktwirtschaft im internationalen Vergleich deutlich (Porter 1991). Hier spielt die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft für die internationale Konkurrenzfähigkeit und damit wiederum für die Prosperität eines Landes eine überlebenswichtige Rolle. Die Theorie der Wettbewerbsvorteile versteht die Determinanten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und ihre intervenierenden Variablen als ein dynamisches System, innerhalb dessen sie sich gegenseitig beeinflussen und verstärken oder abschwächen. Dies korrespondiert mit dem systemischen Wirken der Variablen innerhalb des Innovationssystems. Nachhaltige Wettbewerbsvorteile beruhen deshalb auch auf dem Wirken aller Determinanten und Variablen und nicht nur auf einer oder einigen Determinanten.

Bei Wettbewerb handelt es sich um Konkurrenz und Rivalität von Marktteilnehmern um Ressourcen, Kunden, Absatzmärkten oder Marktanteilen. Er entsteht durch Angebot und Nachfrage und drückt sich bei der Preis-, Qualitäts-, Service- oder Designqualität aus. In der Betriebswirtschaftslehre bedeutet Wettbewerbsfähigkeit, dass Unternehmen an den für sie relevanten nationalen oder internationalen Märkten ihre Waren- oder Dienstleistungsangebot mit Gewinn vermarkten. In der Makroökonomie bedeutet Wettbewerbsfähigkeit die Summe der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen inländischen Unternehmen. Als wirtschaftspolitisches Schlagwort bezieht es sich auf die Rangordnung von ganzen Volkswirtschaften und zwar in der Hauptsache im Hinblick auf die spezifischen wirtschaftsgeographischen und institutionellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Unternehmen eines Landes agieren können.²

Die Theorie der Wettbewerbsvorteile von Nationen hat Kriterien der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt. Sie definiert diese als die Fähigkeit, die Produktivität im Vergleich zu anderen Ländern zu erhalten oder zu steigern. Porter erinnerte uns daran, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit eine Grundbedingung ist für einen hohen Lebensstandard. Hierbei ist die Eingliederung in die Arbeitsteilung der Weltwirtschaft in Zeiten der Globalisierung wichtig. Der Außenhandel ist ein integrierter Bestandteil dieses Konzepts. Die Exporte besonders produktiver Branchen bewirken dort Produktionssteigerungen, stoßen wiederum Innovationen an und regen eine weitere Steigerung der Produktivität an. Wettbewerbsfähigkeit kennzeichnet das Vermögen einer Gesellschaft, Waren und Dienstleistungen anzubieten, die dem Test internationaler Konkurrenz standhalten und attraktiv sind. Ein deutscher Porsche, ein deutsches Segelflugzeug von Alexander Schleicher oder eine Küche von Miele sind technologische Spitzenprodukte, die ein weltweites Ansehen genießen und in den entsprechenden Angebotssegmenten stark nachgefragt sind. Gleichzeitig genießen die Menschen in einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft einen Lebensstandard, der wächst und/oder beständig ist.³ Ein Land oder eine wirtschaftliche Region muss zur Sicherstellung oder Erhöhung des Lebensstandards ständig neue oder produktivere Produkte und Dienstleistungen erschließen. Dabei wird es notwendig, weniger produktivere Bereiche aufzugeben, wenn die (knappen) Ressourcen Arbeit und Kapital in wettbewerbsfähigeren Branchen lukrativer eingesetzt werden können.

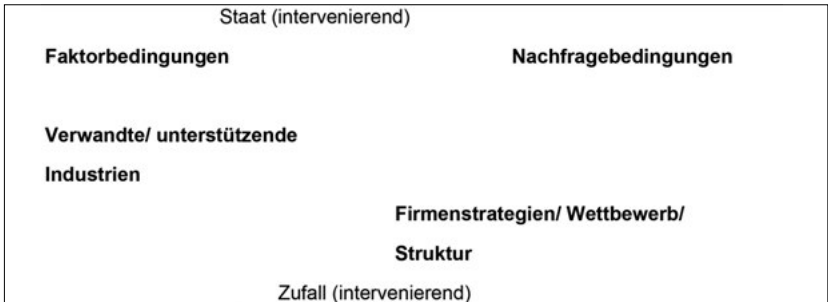
Die Produktivität einer Volkswirtschaft ist die Summe der Produktivität ihrer Firmen. Die Theorie der Wettbewerbsvorteile ermittelt Wettbewerbs-

2 | Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Wettbewerbsfähigkeit>, aufgerufen am 11. Februar 2015.

3 | Angelehnt an eine zeitlose Definition von Laura D'Andrea Tyson, zitiert nach Paul Krugman, »Wettlauf der Besessenen«, in: DIE ZEIT, 29. April 1994.

fähigkeit von einem mikroökonomischen Standpunkt aus. Die Gründe von Wettbewerbsvorteilen werden also in einzelnen Unternehmen oder Branchen, also praktisch auf einer Grass-Roots-Ebene, und nicht auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, also aus einer Vogelperspektive, gesucht. Wettbewerbsvorteile werden demnach anhand von vier Determinanten erfasst⁴: Dies sind die Faktorbedingungen, die Nachfragebedingungen, das Vorhandensein von verwandten oder unterstützenden Industrien und schließlich Firmenstrategien sowie Struktur und Wettbewerb. Intervenierende Variablen sind der Staat und der Zufall.

Abbildung 12: Determinanten von Wettbewerbsvorteilen nach Michael E. Porter



Grafik: Turek Consulting München

Faktorbedingungen unterscheiden natürliche Ressourcen, Humankapital, Wissen, Kapital und Infrastruktur. Damit ist das Spektrum erfasst zwischen der Bedeutung von Bodenschätzen, geographischer Lage, Quantität und Qualität der Arbeitskräfte, aber auch Arbeitsethik, Führungsstile und -kultur, technisches und wissenschaftliches Know-How, Kapitalverfügbarkeit, Verbindungs- und Transportkapazitäten etc. Die individuelle Zusammensetzung der verfügbaren Produktionsfaktoren eines Landes oder einer Region fördern die Wettbewerbsvorteile, wenn sie mit den standortspezifischen Produktionsanfordernissen und mit den internationalen Nachfragebedingungen übereinstimmen. Produktionsfaktoren werden in Hierarchien nach elementaren und fortschrittlichen Faktoren unterschieden. Während die elementaren Produktionsfaktoren – wie Bodenschätze, Klima oder Arbeitskräfte – passiv ererbt werden, sind die fortschrittlichen Produktionsfaktoren – wie Technologie oder moderne Infrastruktur – durch aktive Innovationen zu schaffen. Fortschrittliche Produktionsfaktoren müssen durch ständige Investitionen erhalten und verbessert werden. Selektive Faktornachteile müssen hierbei nicht zwangsläufig zu Wettbewerbsnachteilen führen. Sie können dann zu einem Wettbe-

4 | Als Determinanten können starkdominierende Merkmale verstanden werden.

werbsvorteil werden, wenn ein Unternehmen zum Beispiel durch gesetzliche Auflagen oder hohe Energiepreise gezwungen wird, effizientere Produktionsmethoden zu etablieren oder einen Ersatzstoff für einen fehlenden Rohstoff oder ein Zwischenprodukt herzustellen oder zu beschaffen.

Die Inlandsnachfrage in Deutschland und ihre internationale Ausstrahlungskraft sind für die Bundesrepublik Deutschland eine sichere Bank der Wettbewerbsfähigkeit

Die zweite Determinante der Wettbewerbsvorteile sind die Nachfragebedingungen. Wichtig sind hier die Zusammensetzung der Inlandsnachfrage, ihrer Größe und ihre Wachstumsentwicklung sowie ihre Internationalisierung. Nationale oder regionale Wettbewerbsfähigkeit entsteht dann, wenn Güter auch im Ausland benötigt werden. Eine starke Inlands- und eine wachsende Auslandsnachfrage erzeugen Wettbewerbsfähigkeit durch die Erzielung höherer Skalenerträge. Die Binnenmarktgröße entscheidet über die Anzahl der Käufer und ihre Hinwendung zu nationalen Produkten. Ein Anwachsen des heimischen Marktes ist dann von Nutzen, wenn dies früher als im Ausland stattfindet und zukünftige internationale Machfragetrends antizipiert. Das ist der handfeste Vorteil eines industriellen Trendsettings. Die Theorie der Wettbewerbsvorteile drückt aus, dass die Inlandsnachfrage, ihre Größe und ihr Wachstum Faktoren sind, die die heimischen Unternehmen stärken und ihnen ein Auslandsengagement erst erlauben. Andererseits können Unternehmen auch dann in internationale Märkte gezogen werden, wenn bestimmte Eigenheiten der Inlandsnachfrage ins Ausland übertragen werden. Im Rahmen der kulturellen Globalisierung in den Bereichen Film- oder Musikindustrie war das in herausragender Weise zum Beispiel der Fall; das gleiche fand – bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland – in der Automobilwirtschaft statt.

Die dritte Determinante internationaler Wettbewerbsvorteile ist der Bestand an verwandten oder unterstützenden Industrien. Wenn Branchen eines Landes miteinander verwandt sind oder in einem Kunden-Lieferanten-Verhältnis miteinander stehen, so beeinflussen sie einander in einer sich gegenseitig verstärkenden Art und Weise.

Die vierte Determinante internationaler Wettbewerbsfähigkeit bilden Firmenstrategien sowie Struktur und Wettbewerb. Die politischen, moralischen oder religiösen Strukturen eines Landes, das Erziehungssystem und seine Sozialstrukturen beeinflussen die Werte und Einstellungen zu Autorität, die Umgangsformen, die Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen sowie die Normen des Gruppen- und Individualverhaltens. Die Managementphilosophien und Führungsstrukturen müssen den Anforderungen einer Branche ebenso gerecht werden wie den nationalen und regionalen Eigenarten. Übereinstimmung muss es auch mit den vorherrschenden Organisationsformen von Wirt-

schaft und Gesellschaft geben. Internationale Wettbewerbsvorteile werden durch persönliche Werte und Zielvorstellungen beeinflusst, so durch technischen oder unternehmerischen Stolz, Prestigedenken oder Risikohaltungen. Darüber hinaus spielt auch die Rivalität zwischen Firmen in einem Land oft eine Rolle bei der Entstehung und Erhaltung von internationalen Wettbewerbsvorteilen. Als Beispiel mag hierfür der prestigeträchtige Kampf zwischen Microsoft und Apple um den Ruf des innovativsten und technologisch anspruchsvollsten Anbieters von moderner Hard- und Software im IT-Bereich gelten.

Staat und Zufall gelten als intervenierende Variablen im Gesamtsystem der Determinanten internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Subventionen und Steuern beeinflussen die Faktorbedingungen. Produktionsstandards und das öffentliche Beschaffungswesen prägen Nachfragebedingungen. Marktzugangsbeschränkungen tarifärer und nicht-tarifärer Art wirken sich auf die Entwicklung verwandter Branchen aus. Das Kartellrecht ist für die Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung und prägt die internationale Wirtschaftspolitik im Rahmen der Wettbewerbspolitik mit. Hierbei spielt die Handelspolitik mit Blick auf Wettbewerbsvorteile und Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Globalisierung eine große Rolle.

Hinsichtlich nationaler Wettbewerbsvorteile spielt auch der Zufall eine Rolle. Dazu gehören politisch motivierte Preissteigerungen, wie dies in den 1970er Jahre durch die Ölpreisschocks geschehen ist oder ein so einmaliger politischer Vorgang wie die abrupte deutsche Einheit oder der nukleare Unfall in Fukushima/Japan 2014.

Der Theorie nach haben Wettbewerbsvorteile selten lange Bestand. Ihr interdependenter Charakter bedingt meist eine kontinuierliche Schwächung oder Stärkung. Die Theorie der Wettbewerbsvorteile differenziert hierbei vier Stadien. Die ersten drei Stadien – Antrieb durch Faktoren; Antrieb durch Investitionen; Antrieb durch Innovationen – sind durch wirtschaftlichen Aufschwung gekennzeichnet. Das vierte Stadium – Antrieb durch Wohlstand – wird von einem ersten Hauch des wirtschaftlichen Verfalls begleitet. Diese vier Stadien unterscheiden sich durch die jeweils vorherrschenden Determinanten der Wettbewerbsvorteile.

Im ersten Stadium beruhen die Wettbewerbsvorteile in der Regel auf der besseren Verfügbarkeit von allgemeinen Produktionsfaktoren. Faktorvorteile haben jedoch im Preiswettbewerb nicht lange Bestand. Im zweiten Stadium des Antriebs durch Investitionen werden mittels großer Kapitalinvestitionen neue Fertigungsstätten und Mechanismen zur Schaffung von Produktionsfaktoren entwickelt. Die Wirtschaft erweitert sich und erlangt ein höheres Niveau im internationalen Wettbewerb. In dieser, durch Rivalität und Konkurrenz geprägten Phase, wird Wettbewerbsfähigkeit durch wachsende Nachfrage, geeignete Unternehmensstrategien (Marketing), austarierte Strukturen und Wettbewerb erzielt. Antrieb durch Innovationen kennzeichnet die dritte

Stufe wirtschaftlicher Entwicklung. Diese ist geprägt von effizienten Mechanismen zur Schaffung von Produktionsfaktoren, einer anspruchsvollen Nachfrage, einer verdichteten Struktur verwandter und unterstützender Unternehmen und schließlich durch einen hohen Wettbewerb. Die zeitliche Dauer der innovationsgetriebenen Wirtschaft lässt sich nicht festmachen. In einer vierten Phase kann eine Volkswirtschaft jedoch aufgrund des erreichten und in jedem Fall zu verteidigenden Wohlstands in einen ökonomischen Niedergang einmünden. Hier kommt es zu keinem riskanten Wettbewerbsverhalten mehr, sondern lediglich zur Verwaltung des bestehenden Wohlstands. Diese Entwicklung war in den letzten zehn Jahren in einer Reihe von europäischen Staaten zu beobachten. Deutschland hat sich mit der Agenda 2010 und einer ganzen Reihe weiterer Maßnahmen im sozio-ökonomischen System dieser Entwicklung erfolgreich entgegen gestemmt und ist heute der wirtschaftlich stärkste und wettbewerbsfähigste Standort in Europa.

Soweit die Theorie, welche die Funktionsweise der Wirtschaft mit Blick auf die Rolle von Wettbewerbsvorteilen gut erklärt. Uns interessieren mit Blick auf die dritte Globalisierung nun aber die Praxis und die intervenierende Variable staatlichen Handelns mit Blick auf geeignete politische Strategien in Deutschland – und anschließend auch mit Blick auf die wirtschaftliche Stärke der Europäischen Union.

»Hidden Champions« – die unsichtbare Stärke der deutschen Industrie

Eine entscheidende Stärke der deutschen Industrie ist ihre industrielle Leistungsfähigkeit, insbesondere in den eingangs erwähnten industriellen Bereichen. Prinzipiell ist diese Leistungsfähigkeit ein strategischer Vorteil im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung und ein wieder erstarktes Gütesiegel »Made in Germany«, das in den 1990er und 2000er Jahren zu erodieren schien. Während sich in Europa in dieser Zeit eine ökonomische Philosophie der Wissensgesellschaft und Dienstleistungswirtschaft etablierte und viele Länder ihre industrielle Produktion vernachlässigten, haben sich deutsche und auch österreichische Firmen auf eine sinnvolle und profitable Einordnung ihrer Produkte und Zulieferungen in der Weltwirtschaft konzentriert. Der Bonner Managementberater und Betriebswirt Hermann Simon, der sich seit vielen Jahren mit der »stillen« Wettbewerbsfähigkeit »unbekannter Weltmachtführer« in Deutschland und Österreich beschäftigt hat, belegte auch 2014, warum gerade hier exzellente Wirtschaftsleistungen zu beobachten waren und weiterhin zu beobachten sind (Simon 2007, 2014). Im Rahmen einer über 10jährigen kontinuierlichen Beobachtung des deutschen Mittelstands weist er uns auf die Erfolgsfaktoren der »Hidden Champions« hin und betont, dass es davon im deutschsprachigen Raum mehr als im Rest der Welt zusammen gibt (Simon 2014: 14).

Ihr Erfolgsrezept ist – wie so oft – gleichermaßen komplex wie einfach. Es lässt sich vereinfachend so zusammenfassen, dass eine eigenwillige Bodenständigkeit mit industrieller Spitzenleistung im Rahmen einer unspektakulären aber effizienten Unternehmensentwicklung eine produktive Einheit bilden. Durch Fokussierung und Tiefe erzielen sie Weltmarktführerschaft, die sie bewusst anstreben und nicht dem Zufall überlassen. Simon fasst dies so zusammen: »Fokussierung und Globalisierung sind die beiden unverzichtbaren Pfeiler der Hidden-Champions-Strategie« (ebd.: 12). Die Hidden-Champions investieren doppelt so viel wie deutsche Industrieunternehmen in Forschung und Entwicklung. Pro 1.000 Mitarbeiter halten sie fünfmal so viele Patente wie Großunternehmen. Produktqualität steht dabei an erster Stelle.

Im Koordinatensystem zwischen Faktorbedingungen, Nachfragebedingungen, Firmenstrategien (im Wettbewerb) und Bedingungen intervenierender oder unterstützender Art, realisieren sie somit im Sinne der Theorie der Wettbewerbsvorteile der Nationen für die Bundesrepublik in den 2010er Jahren das dritte Stadium einer wettbewerbsfähigen Nation: Antrieb, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist damit die Positionierung im Rahmen der globalisierten Weltwirtschaft sowohl sozio-ökonomisch als auch politisch klar. Es bestehen politisch stabile Verhältnisse, starke DAX-Konzerne wie Siemens, VW, Allianz, Münchner Rück oder Bayer und eine belastbare Sozialstruktur sowie ein robuster und weltweit wettbewerbsfähiger Mittelstand. Besonders dieser Mittelstand ist das Ass im Ärmel der deutschen Wirtschaft. Die geographisch günstige Lage in der Mitte Europas sowie die genannten systemischen und charakterlichen Eigenschaften formatieren eine Wettbewerbsgesellschaft, die auch in Zukunft im Kontext der europäischen Integration gut bestehen wird. Dabei bilden der europäische Binnenmarkt, die europäischen Wettbewerbsregeln und das europäische Mandat bei den Welthandelsgesprächen im Rahmen der WTO oder der regionalen Handelsabkommen CETA und TTIP, der europäische Forschungsraum und die Innovationsstrategie der Europäischen Kommission für die deutsche Wirtschaft eine wichtige Grundvoraussetzung für ihre europäische und globale Wettbewerbsfähigkeit. Deutschland ist Teil eines großen europäischen Wirtschaftsraums mit über 500 Millionen Einwohnern, der im Rahmen einer weiteren Vereinfachung und Anpassung der sozio-ökonomischen Verhältnisse die deutsche Wirtschaft weiter stabilisiert. Als globalisierte Gesellschaft stellt sich die Bundesrepublik nicht nur dem weltweiten Wettbewerb, sondern auch den innenpolitischen Problemen, die sich aus den mittelbar durch die Globalisierung ergebenden Politikfeldern Demographie, Migration und Integration ergeben. Die Migrations- und Integrationsproblematik, die ein wesentlicher Bestandteil des demographischen Wandels ist, avanciert also zum wichtigen nationalen Globalisierungssujet.

Die demographische Frage des 21. Jahrhunderts ist auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft

Der demographische Wandel wurde zu lange ignoriert. Eine verlässliche Auskunft darüber, was dies für die gesamte Konstitution einer Gesellschaft bedeutet, war jenseits der hauptsächlich gestellten Frage der Sicherheit der Rente und ihrer Finanzierung nicht von Belang. Demgegenüber erfasst der demographische Wandel weit mehr Probleme, die eine globale Technologiesellschaft zu lösen hat. Er erfordert eine konzentrierte Empathie, die ein wesentlich komplexeres Empfinden für eine Gesellschaft schafft, die schließlich »weniger, bunter, älter« sein wird (Kösters 2011). Dabei geht es nicht nur um Finanzierungsfragen, funktionierende Regelsysteme oder sozialpolitische oder familiäre Ruhe. Eine Gesellschaft, die nicht nur den materiellen Ausgleich und den sozialen Frieden sucht, sondern auch Werte wie Respekt, Gerechtigkeit, Rücksicht und Fürsorge fordert, die humane Zustände und eine echte Integration will, muss sich auf gravierende Veränderungen einstellen und diese in positiver Weise meistern. Dies ist die Situation in der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Nachbarn in Europa sowie in vielen anderen Ländern der Welt.

Deutschland braucht angesichts der bekannten Fakten ein Konzept das zeigt, wie das Land den demographischen Wandel in allen seinen Facetten meistern kann. Gefragt ist ein aussagekräftiges Bild, das Herausforderungen und Chancen der Demographie ins Verhältnis und gesellschaftspolitisch in Szene setzt. Erfolgsvoraussetzungen beim Umgang mit dem Wandel sind ein gesellschaftliches Leitbild, langfristige Ziele und ein Verständnis von Demographie als Querschnittsaufgabe. Hier ist die Einwanderungs- und Integrationsproblematik der Globalisierung ein herausragender Aspekt. Bei allen Problemen der Einwanderung und der Integration gilt: Die Einwanderung bietet für Deutschland eine Chance, die das Land mit Blick auf seine Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit ergreifen muss. Dieser Aspekt wurde im Rahmen der Flüchtlingswellen von Südosten und Süden in die Mitte Europas durch viele damit verbundenen Aufregungen etwas verdrängt; nichtsdestotrotz sind damit jenseits der humanitären Verpflichtungen auch integrationspolitische Chancen verbunden, die gut sind für die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung.

Der Gewinn an Humanvermögen durch Migration und Integration ist von vitaler Bedeutung für ein Land wie Deutschland

In der deutschen Wirtschaft sind der Fachkräftemangel, fehlende Wissensarbeiter und abnehmender Nachwuchs mittlerweile ein reales Problem. Um das Niveau der Produktivität einer Gesellschaft zu halten oder zu steigern propagieren Wirtschaft und Staat die Mobilisierung von Frauen und älteren Beschäftigten im ersten Arbeitsmarkt, um Wachstum und die Beschäftigungs-

quote zu erhöhen. Generationenübergreifende Ansätze der Zusammenarbeit von jüngeren und älteren Arbeitnehmern ermöglichen erfahrungsgemäß Produktivitätsprämien und immaterielle betriebliche Entlastungen, die sich durch reduzierten Ausschuss, geringere Fehlzeiten oder abnehmende Irritationen wie Burnouts ausdrücken können. Ein Zusammenhang von Alterung und Zukunftsanforderung ist dabei zusätzlich von Bedeutung: Die Volkswirtschaften im Westen sind gesundheits- und wissensbasiert. Sie realisieren einen positiven Zusammenhang zwischen Gesundheit und Wohlstand. Jedes Jahr an zusätzlicher Lebenserwartung bedeutet einen Zuwachs an 7 Prozent Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt. Mit Blick auf die seit Jahren klaffende Lücke im Lehrstellenmarkt in Deutschland und den Mangel an qualifiziertem Personal stellt sich aber die Frage der Arbeitsmigration in stärkerem Maße als zuvor. Ein positives Migrationsklima ist die Voraussetzung für eine nachhaltige Migrationskultur, die es der Wirtschaft erlaubt, qualifizierte und fachlich ausgewiesene Arbeitskräfte anzuwerben. Ein Gewinn an Humanvermögen gehört somit also zu den wichtigsten Zielen einer Demographiestrategie, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes erhalten und die sozialen Sicherungssysteme nicht schleifen lassen will.

Von der umgekippten Alterspyramide zum demographischen Würfel

Die Problematik der finanziellen Dimension des demographischen Wandels ist nach wie vor existent. Sie wird sich in Deutschland verschärfen, wenn die Babyboomer der ab 1960 geborenen Menschen in den Ruhestand gehen. Es ist gewiss, dass sich die Alterspyramide zum Beispiel in Deutschland, in Frankreich oder in Japan eine Zeitlang deutlich von den Füßen auf den Kopf stellen wird und das Problem identifiziert, inwieweit die arbeitende Bevölkerung die ruhende oder auch kranke Gesellschaft finanzieren kann. Dies wird in vielen Ländern in den kommenden 50 Jahren ein Problem und die Diskussion über ein umlagefinanziertes oder ein steuerfinanziertes Umlagesystem ist auch heute, 30 Jahre nach dem Erkennen der Problematik, noch immer in Gang. Die Finanzierung des demographischen Wandels ist nicht alles, aber ohne eine solide finanzielle Grundlage ist jede demographische Strategie nichts. Entgegen vielen Vorwürfen haben die Reformen der letzten Jahre gezeigt, dass Beitragssätze bisher im Rahmen blieben und die Pflegeversicherung Einzug in das System gehalten hat. Die Konstruktion aber hängt von der permanenten Anpassung an die Bevölkerungsentwicklung und vom Zuwachs der Produktivität der Wirtschaft in Deutschland ebenso ab wie vom Verhältnis der Erwerbstätigen zu den Rentenbeziehern im Land. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die Lücken der gesetzlichen und privaten Rentenkassen bis 2050 auf etwa zwei Billion Euro taxiert und die enorme Beanspruchung der Pflegeversicherung aufgrund altersbedingter Demenz oder chronischer Krankhei-

ten benannt. Für das deutsche Renten- und Pflegesystem ist es deshalb nötig, ein nachhaltiges Finanzierungskonzept zu erstellen. Darüber hinaus ist die Finanzierung der Ruhebezüge der Beamten zu klären. Im Staatshaushalt türmen sich »unsichtbare« 1,3 Billionen Euro bis 2050 als Verpflichtung des Staates gegenüber seinen Pensionären auf, die nur zum Teil durch spezifische Rücklagen gedeckt sind. Dies muss mittel- und langfristig finanzierbar sein.

Und dennoch ist die finanzielle Dimension der Altersversorgung in Deutschland langfristig relativ. In etwa 50 bis 100 Jahren wird sich die gesamte Situation wieder ändern. Wie kann das sein? Werfen wir einen Blick auf Japan, der älteste Gesellschaft der Welt. Männer haben dort im Durchschnitt eine Lebenserwartung von 79,4 Jahren, Frauen von 85,9 Jahren (Weisman 2014: 362). Auch Japans Bevölkerungspyramide ist aufgrund des Anteils der alten Leute kopflastig. Dieser Trend wird sich weiter verstärken. Der japanische Wirtschaftswissenschaftler Akihiko Matsutani propagiert gegen den ökonomischen Mainstream der Wachstumsbefürworter in seinem Land eine bedachte Enthaltksamkeit gegenüber einer Wachstumshysterie, die auf jeden Preis wirtschaftliches Wachstum will, und Gelassenheit angesichts der demographischen Situation (Matsutani 2006). Er sagt, dass, wenn die Altersblase platze, wenn die alten, fruchtbaren Generationen also weggestorben seien, dann werden die nachfolgenden Generationen für den Ausgleich sorgen, und die Pyramide werde zum Würfel werden, weil sich die Kinderzahl dann der Sterberate annähern werde. Die Menschen würden weiterhin Kinder bekommen und wenn sich die Fruchtbarkeit wieder bei zwei Kindern pro Paar einpendeln würde – ein vernünftiges Ergebnis in einer nicht mehr so überfüllten Welt – werde sich die Bevölkerung stabilisieren. Er weist jedoch darauf hin, dass eine Umstellung der demographischen Geometrie von der Pyramide zum Würfel in einem Land, dessen Menschen eine so hohe Lebenserwartung haben mindestens ein Jahrhundert dauern werde (ebd.: 368). Diese Betrachtung ist für die industrialisierte OECD-Welt relevant. So auch für Deutschland. Hinsichtlich der globalen Verteilung von erfolgreich schrumpfenden und dennoch prosperierenden Ländern – auch im Verhältnis zu demographisch sehr instabilen Ländern – indes sagt sie natürlich wenig aus.

2. EINE DEMOGRAPHIESTRATEGIE

Insofern bleibt eine effiziente und politisch akzeptable Demographiestrategie wichtig. Diese Aufgabe hat Priorität und gegenüber den vielen einzelnen Anpassungsschritten innerhalb der Gesellschaft und zwischen der älteren und jüngeren Generation bleibt sie auch heute und morgen wichtig.⁵ Dies beschreibt nicht nur die Situation in der Bundesrepublik Deutschland, sondern

5 | Vgl. »2030. Deutschland deine Zukunft,« in: Der Spiegel Nr. 12 vom 14. März 2015.

auch die ihrer Nachbarn in Europa sowie in vielen anderen Ländern der Welt. Politik und Wirtschaft, aber auch die organisierte Zivilgesellschaft wurden in der jüngsten Zeit diesbezüglich immer stärker sensibilisiert. Die Politik griff deshalb die Konsequenzen mit Blick auf die vielschichtigen Dramen einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft verspätet auf. Der Druck, sich den strategischen Herausforderungen der Demographie zu stellen, wuchs an und die Frage eines nationalen Konzepts stand Mitte der 2010er Jahre unwiderruflich im Raum.

Die Bundesregierung legte deshalb 2012 ihre konzeptionellen Vorstellungen mit Blick auf eine Demographiestrategie für die Bundesrepublik Deutschland vor (Bundesministerium des Inneren 2012). Der Ansatz erscheint durch seine vielfältigen Bezüge zu Familie und Bildung, Arbeit und Gesundheit, Wachstum und Wohlstand sowie die Handlungsfähigkeit des Staates belastbar; dennoch kommt vieles als Sammelsurium von Programmen, Projekten und einzelnen Vorstellungen daher. Die Realität indes zeigt, dass viele gute Innovationen mit Blick auf den demographischen Wandel möglich und zum Teil schon Realität sind. Mit dem Ruhestand der Jahrgänge der 1960er Jahre wird Deutschland im übrigen nicht schlagartig vergreisen, nicht veröden, nicht untergehen; das Land wird sich ebenso wenig in ein perfekt organisiertes Rentnerparadies verwandeln. Das Land wird aber eine demographische Großbaustelle sein und es braucht eine gute Strategie, um den inneren Frieden und zumindest große Teile des errungenen Wohlstands zu wahren.⁶ Im Rahmen der Globalisierung braucht ein Land wie Deutschland deshalb auch eine positivere Haltung mit Blick auf die Einwanderung fremder Menschen. Dies setzt die Akzeptanz voraus, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist. Liegt diese vor, lassen sich auf dieser Grundlage die Gesetze der Zuwanderung, Integration, des Asylrechts oder der Abschiebung besser durchsetzen. Auch weitere Initiativen für ein breit legitimes europäisches Einwanderungskonzept werden so besser durchsetzbar.

3. DIE EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT

Der Umgang mit Migration und Integration ist eine wichtige Herausforderung für Deutschland. Migration wird insgesamt weltweit weiter zunehmen und bleibt so ein zentrales Thema der dritten Globalisierung. Die Hauptrichtung der Wanderungsbewegung weist von Süden nach Norden, also in Richtung Europa und Nordamerika. Es gibt heute kein entwickeltes Land, das nicht mit massiven Migrationsströmen zu tun hat – Migranten aus Mexiko und Mittelamerika streben in die USA, Armutsflüchtlinge aus Südosteuropa in die EU. Südtalien, Griechenland, Spanien werden von nordafrikanischen Flüchtlin-

6 | Vgl. ebd.

gen überrannt und reichen diese gerne nach Mitteleuropa weiter. Die Einwanderungswellen treffen auf Widerstand seitens der Bevölkerung und nichts deutet darauf hin, dass sich ein schwieriges oder feindliches Klima mit Blick auf diese Lage ändern könnte. Rechtspopulistische Parteien haben daraus bei den letzten Wahlen auf EU-Ebene und bei nationalen Parlamentswahlen politisches Kapital geschlagen. Die deutsche Pegida-Bewegung 2014 – 2016 hat gezeigt, dass sich Ängste hinsichtlich einer befürchteten kulturellen Überfremdung der deutschen Gesellschaft in übler Weise instrumentalisieren lassen. In Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Frankreich, Belgien oder Großbritannien ernten Rechtspopulisten mit ihren fremdenfeindlichen Parolen politischen Gewinn. Sie verdanken ihre Gewinne durchweg dem Migrationsthema, dem Kampf gegen die Zuwanderung, gegen Ausländer, gegen vermeintliche »Sozialschmarotzer«, gegen den Islam. Die Schwedendemokraten etwa wuchsen innerhalb weniger Jahre von 1,4 Prozent auf 12,9 Prozent der Wählerstimmen; die Ukip in Großbritannien wurde in Großbritannien zur dritten politischen Kraft nach Labour und den Konservativen. Der Front National punktete ebenso bei den Wählern wie die dänische Anti-Ausländerpartei Dansk Folkeparti. In Belgien kämpft der Vlaams Belang ebenso gegen Zuwanderer wie Geert Wilders PVV in Holland, es gibt die »Wahren Finnen«, die Lega Nord in Italien, die FPÖ in Österreich, in Ungarn stellt Fidesz sogar die Regierung. Die Basis ist nach der Arena Analyse 2015 der Public Affairs Agentur Kovar & Partner immer die gleiche: Die diffuse Angst der Menschen vor den ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen, die eine Migration und Globalisierung nach sich ziehen könnten. Die Zuwanderung bringt die europäischen Staaten in Schwierigkeiten, wobei die Schwierigkeiten noch größer wären, wenn Migranten ausbleiben, denn diese sind für die Stabilität der Wirtschaft und der Sozialsysteme in Deutschland und Europa langfristig unverzichtbar (Osztovcics/Kovar/Fernsebner-Kokert 2015: 48).

Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft ...

Die Migrations- und Integrationsproblematik bleibt für Deutschland wie für alle anderen entwickelten Staaten ein Thema höchster Priorität. Ich habe eingangs bereits darauf hingewiesen, dass dieses Thema alleine aus national- und sozialstaatlichen Gründen mit Blick auf die Erhaltung von sozialstaatlichen Strukturen und der Vitalität der europäischen Gesellschaften von eminenter Bedeutung ist. Entgegen der politischen Brisanz des Themas oder der Zuspitzungen fremdenfeindlicher Aktivitäten wird die Debatte darüber heute aber in der Bundesrepublik konstruktiver als früher geführt. Die Problemfälle demonstrieren, dass es dabei um jene geht, die noch nicht in ihrer neuen Heimat angekommen sind; die schlecht oder nicht adäquat ausgebildet wurden, auf dem Weg in eine Parallelgesellschaft und im schlimmsten Fall der Ge-

sellschaft gegenüber feindlich gesonnen. Und es geht um jene, die aus religiöser Überzeugung an Vorstellungen festhalten, die nicht mit den normativen Grundlagen der hiesigen Gesellschaft zu vereinbaren sind (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009: 4). Insofern verlor das Land zwei Jahrzehnte durch eine destruktive (oder nicht stattgefundene) Debatte über die Integration von fremden Menschen, die freiwillig oder aus Not in die Bundesrepublik gekommen waren. Die Vision einer multikulturellen Gesellschaft, in der jede Herkunftsgruppe unbeeinflusst ihre Eigenart ausleben sollte, ließ echte Integration nie zu, sondern stärkte das Leben in jenen Parallelgesellschaften, in denen sich die Unterschichten der Großstädte konzentrieren. Aber auch die jahrelange Verweigerung, Bleibewilligen die Staatsbürgerschaft anzubieten, unterband ein konstruktives Miteinander.

Das Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung wies Anfang der 2010er Jahre deshalb darauf hin, dass fast 20 Prozent der heute in Deutschland lebenden Menschen einen Migrationshintergrund haben. Man muss sich dabei vor Augen halten, dass zwischen 1950 und 2013 über 43 Millionen Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind! Abzüglich der Abwanderer blieben davon über zehn Millionen Menschen im Land. Diese Personen bekommen ein Drittel aller Kinder, die hier geboren werden. Damit gestalten sie die Zukunft im Lande mit. Es war daher folgerichtig, dass sich Deutschland Anfang der 2010er Jahre immer mehr einer konstruktiven Zuwanderungs- und Integrationspolitik zuwandte und diesen Umstand trotz der damit verbundenen Konflikte insbesondere in städtischen sozialen Brennpunkten nicht mehr verschwieg (ebd.; Buschkowsky 2012). Die soziale Konfliktlage der Migration hat allerdings auch heute nach wie vor Bestand, wird aber reifer beurteilt und weniger ideologisch vorverurteilt als früher. Hinzu kommt: Mittlerweile belegen sozialwissenschaftlich fundierte Studien, wie positiv sich die Einwanderung in Deutschland insgesamt ausgewirkt hat. Ein Befund, dem man mehr Verbreitung wünschen würde als den hochgespielten Nachrichten zu vereinzelt fremdenfeindlichen Übergriffen oder einer vermeintlichen allgemeinen Fremdenfeindlichkeit in Deutschland.

... mit vielen positiven sozialen Effekten

So profitiert der Sozialstaat in Deutschland von der Einwanderung. Die sechs Millionen Menschen ohne deutschen Pass haben den Sozialstaat nach einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Gütersloher Bertelsmann Stiftung 2012 um 22 Milliarden Euro entlastet. Jeder Ausländer zahlte bis dahin demnach pro Jahr durchschnittlich 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlicher Leistung erhält. Das Plus pro Kopf ist in den vergangenen zehn Jahren über die Hälfte gestiegen (Bonin 2014).

Und selbst die Flüchtlingswelle der Jahre 2014/2015 ist – jenseits der verfassungsrechtlichen und humanitären Verpflichtung – aus Sicht der Ökonomie für Deutschland langfristig vorteilhaft. Zunächst allerdings kostet die Aufnahme und erste Versorgung von Flüchtlingen Geld, etwa 1.000 Euro pro Kopf und Monat. Je nach Zahl der Flüchtlingen und Dauer der Verfahren und ersten Integrationsmaßnahmen könnten 2016 und 2017 dadurch Kosten in Höhe von sechs bis 15 Milliarden Euro entstehen. Die Ökonomen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin gehen davon aus, dass mindestens die Hälfte der anerkannten Flüchtlinge nach zwei bis fünf Jahren keine Beschäftigung finden und auf Sozialleistungen angewiesen sein werden. Das Bundesarbeitsministerium rechnete Mitte 2015 damit, dass in den folgenden Jahren eventuell bis zu einer halben Million Menschen zusätzlich Hartz IV beantragen könnten. Zusammen mit den nötigen Sprachkursen und anderen Integrationsmaßnahmen bedeutet dies weitere Ausgaben in Milliardenhöhe.

Diesen kurzfristigen Belastungen stehen langfristige Chancen gegenüber, denn die möglichen oder wahrscheinlichen Wohlstandsgewinne liegen in der Zukunft. Und diese ökonomischen und gesellschaftlichen Gewinne sind nicht so deutlich zu beziffern wie die – aller Wahrscheinlichkeit – in den nächsten Jahren anfallenden Kosten. Mit jedem integrierten Flüchtling, der die deutsche Sprache erlernt, seine Zeugnisse anerkannt bekommt, auf dieser Grundlage eine Weiterbildung zu einem Facharbeiter absolviert und so in Beschäftigung in einen deutschen Betrieb gelangt, verschiebt sich nach Marc Beise und Jan Bielicki von der Süddeutschen Zeitung die Gesamtbilanz des Staates ein Stück von ›Kosten‹ zu ›Nutzen‹. Wer eine Arbeit hat, zahlt Steuern und Sozialabgaben und kann keine Transferleistungen mehr beanspruchen. Zudem bewirken alle staatlichen Transfers hin zu Flüchtlingen Stimulanzen für die Wirtschaft in Deutschland. Nicht jeder der Flüchtlinge ist mittellos. Etliche Migranten werden Kapital aus ihren Herkunftsländern auf deutsche Konten überweisen. Die staatlichen Leistungen im Wohnungsbau, für Sachleistungen oder soziale Integrationsmaßnahmen haben belebende konjunkturelle Impulse. Das DIW ist in seiner Analyse 2015 zu dem Schluss gekommen, dass langfristig die positiven wirtschaftlichen Impulse für Deutschland die Kosten übertreffen werden. (Beise/Bielicki 2015).

Im weiteren greifen dann auch die Argumente, die im Rahmen des demographischen Wandels in Deutschland wichtig sind. Denn es kommen zum Teil hoch motivierte und ausgebildete junge Menschen nach Deutschland. Wenn es gelingt, sie in Deutschland gesellschaftlich und wirtschaftlich zu integrieren, belebt das die Wirtschaft und stabilisiert dies den Sozialstaat in der Bundesrepublik.

Erst eine selbstbewusste, intelligente und humane Einwanderungskonzeption bewirkt eine nachhaltige Integration

Diese empirische, ökonomische und humanitäre Erfahrung spricht also für eine intelligente und sozial kompetente Einwanderungskonzeption. Dass dies im übrigen eine anspruchsvolle Aufgabe ist, bezweifelt niemand. Allein aus ökonomischer Sicht bleibt dem Gemeinwesen in Deutschland kaum eine andere Wahl, als diese Menschen gut zu integrieren. Denn die demographische Entwicklung – immer mehr ältere Rentenempfänger bei einer sinkenden Zahl junger Menschen, die ins Erwerbsleben einsteigen können und die notwendigen Rentenzahlungen erwirtschaften – zwingt dazu, alle Menschen die kommen, bestmöglich auszubilden und volkswirtschaftlich zu nutzen.

So stellt die oben genannte Studie des ZEW und der Bertelsmann Stiftung fest, dass sich der Beitrag der Ausländer zu den öffentlichen Haushalten noch weiter erhöhen könnte, wenn sich ihr Bildungs- und Qualifikationsniveau erhöht. Gute Bildungspolitik ist damit die beste Integrationspolitik. Selbst erhebliche zusätzliche Bildungsinvestitionen würden sich nach Auffassung von Jörg Dräger von der Bertelsmann Stiftung finanziell für den Staat lohnen.⁷ Nur so lässt sich auch der Weg bereiten für weitere Zuwanderung, die das Land braucht, weil es wegen der niedrigen Kinderzahlen auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist, um seine Wirtschaftskraft zu sichern (Institut für Bevölkerung und Entwicklung: 4). Dabei können öffentliche Haushalte und damit jeder Bürger entlastet werden, wenn die künftige Zuwanderung sinnvoll gesteuert wird. Je besser qualifiziert die Zuwanderer sind, desto höher sind ihre Beiträge zur Finanzierung öffentlicher Kassen. Um mehr als 400 Euro könnte jeder Bürger in Deutschland jährlich finanziell entlastet werden, wenn künftig mindestens 200.000 Zuwanderer pro Jahr nach Deutschland kämen und 30 Prozent von Ihnen hoch und weitere 50 Prozent mittel qualifiziert wären.⁸

Eine weitere Studie der Bertelsmann Stiftung hat darüber hinaus Anfang 2015 ermittelt, dass eine große Mehrheit der vier Millionen Muslime in Deutschland ein fester Bestandteil dieses Landes sind. Ihre Einstellungen und Sichtweisen orientieren sich stark an den Grundwerten der Bundesrepublik wie Demokratie und Pluralität. Umgekehrt stehen den Muslimen und ihrer Religion aber große Teile der nicht-muslimischen Bevölkerung ablehnend gegenüber. Das zeigt die »Sonderauswertung Islam« aus dem Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung (Hafez/Schmidt 2015). Die Studie belegt eine

7 | Vgl. www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse-startpunkt/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/sozialstaat-profitiert-von-zuwanderung/, aufgerufen am 8. Januar 2015.

8 | Vgl. ebd.

starke Verbundenheit der Muslime mit Staat und Gesellschaft. 90 Prozent der hochreligiösen Muslime halten die Demokratie für eine gute Regierungsform. Neun von zehn Befragten haben in ihrer Freizeit Kontakte zu Nicht-Muslimen. Jeder zweite hat sogar mindestens genauso viele Kontakte außerhalb seiner Religionsgemeinschaft wie mit Muslimen.

Trotzdem fühlen sich viele Deutsche vom Islam bedroht. So äußern 61 Prozent der Bundesbürger die Meinung, der Islam passe nicht in die westliche Welt. Im Jahr 2012 hatten das 52 Prozent gesagt. 40 Prozent der Befragten fühlen sich zudem durch Muslime wie Fremde im eigenen Land. Jeder Vierte will Muslimen sogar die Zuwanderung nach Deutschland verbieten. Diese Einschätzungen finden sich keineswegs nur am Rand der Gesellschaft. Weder die politische Orientierung, das Bildungsniveau noch der Sozialstatus beeinflussen das Islambild der Deutschen nennenswert. Entscheidender sind das Alter und der persönliche Kontakt zu Muslimen. Von den über 54-Jährigen fühlen sich 61 Prozent durch den Islam bedroht, von den unter 25-Jährigen hingegen nur 39 Prozent. Die Angst ist zudem am stärksten dort, wo die wenigsten Muslime leben. In Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel von ihnen wohnt, fühlen sich 46 Prozent der Bürger bedroht. In Thüringen und Sachsen, wo kaum Muslime leben, äußern das 70 Prozent. Obwohl die große Mehrheit von 85 Prozent der Deutschen sagt, sie stehe anderen Religionen tolerant gegenüber, scheint dies nicht für den Islam zu gelten. Trotz des immer besser gelingenden Zusammenlebens der Religionen in Deutschland bestehe die Gefahr einer breit durch die Bevölkerung gehenden Islamfeindlichkeit. Es gebe vieles in Deutschland, was Muslime und Nicht-Muslime verbindet. Daraus könne ein Wir-Gefühl wachsen. Aber dafür bedarf es einer stärkeren Anerkennung und Wertschätzung der Muslime und ihrer Religion.⁹

Bewegungen wie Pegida oder rechtspopulistische Parteien wie die AfD in Deutschland oder der Front National in Frankreich torpedieren solche Annäherungsbewegungen mit ihrer platten und fremdenfeindlichen Rhetorik. So stehen empirisch gefestigte Tatsachen einer dumpfen ›postfaktischen‹ Meinungsmache gegenüber, die sich immer noch an dem Bild des Clash of Civilization von Samuel Huntington orientiert. Dies gilt europa- und weltweit und verkommt immer mehr zu einer traurigen Globalisierungstatsache. Insofern kommen nationalen Migrations- und Integrationsstrategien in Zukunft eine noch höhere Bedeutung zu als bisher und eine herausragende Rolle kommt nach wie vor einem europäischen Einwanderungskonzept zu. Fundierte strategische Überlegungen dazu liegen im übrigen bereits seit Mitte der 1990er Jahre vor (Weidenfeld [Hg.] 1994).

9 | Vgl. www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/religions-monitor/, aufgerufen am 8. Januar 2015.

Für die Zukunft gilt: Entscheidend ist nicht das Konfliktpotenzial der Migration und auch nicht alleine der Bedarf der deutschen Wirtschaft, entscheidend ist das Potenzial der Migranten und eine gute Integration

Die Migration nach Deutschland – und dies bezieht die Kriegsflüchtlinge aus dem Nahen und Mittleren Osten hierbei mit ein – eröffnet für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft ein hohes Entwicklungspotenzial. Michael Hüther, Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, hat die Chancen der Migration betont, wenn sie denn konstruktiv umgesetzt und organisiert wird. Zuwanderung setze nicht einfach ein, wenn der deutsche Arbeitsmarkt sie dringend benötige. Vielmehr müsse sich die Bundesrepublik für einen Entwicklungspfad entscheiden, den sie aktiv und energisch verfolgen müsse. Die positiven Erwartungen an eine gesteuerte Zuwanderung seien dabei gut begründbar. So liege unter den von 2001 bis 2011 Zugewanderten im erwerbsfähigen Alter der Anteil mit Hochschulabschluss deutlich höher als unter der Gesamtbevölkerung (31 Prozent gegenüber 19 Prozent). Der entsprechende Anteil von Akademikern mit naturwissenschaftlich-technischem Abschluss liege bei den Migranten fast doppelt so hoch wie bei der heimischen Bevölkerung. Erwerbstätige Zuwanderer hätten schließlich bei Fach- und Führungspositionen mit der Gesamtbevölkerung gleichgezogen (Hüther 2015). Klaus F. Zimmermann, Direktor des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit bekräftigt diesen Befund. Das Migrationsproblem rücke die Gestaltung des Zugangs zu unserem Arbeitsmarkt in den Vordergrund. Insofern sei es nun nur konsequent, die Solidarität mit Flüchtlingen nun zu verbinden mit einem leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt und zu verschiedenen Integrationsformen (Zimmermann 2015).

Innerhalb der OECD gilt mittlerweile das deutsche Aufenthaltsrecht für Arbeitsmigranten als eines der liberalsten überhaupt. Insofern steht Deutschland als Einwanderungsland besser da, als es öffentlich wahrgenommen und über die Medien transportiert wird. Im internationalen Vergleich hat die Bundesrepublik in ihrer Migrationspolitik nicht nur aufgeholt, sondern reiht sich mittlerweile ein in die Riege der als fortschrittlich eingestuften Einwanderungsländer. Dies ist das Ergebnis des Jahresgutachtens des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration vom April 2015, das gleichzeitig aber auch konstatiert, dass demgegenüber der Umgang Europas mit Flüchtlingen und Asylbewerbern ungenügend sei.¹⁰ Der Migrant Integration Policy Index (MIPEX) bestätigt diese Sicht. Er ist ein Länderindex mit einer dazugehörigen Studie zum Bewerten, Vergleichen und Verbessern von

10 | Vgl. »Einwanderung Made in Germany«, in: Süddeutsche Zeitung vom 29. April 2015; das Jahresgutachten findet sich unter www.svr-bzw.die-falschen-von-den-richtigen.de/jahresgutachten/, aufgerufen am 8. Mai 2015.

Integrationspolitik. Für die Untersuchung werden die Rechtslage und die Integrationspolitik des jeweiligen Landes in den Blick genommen – nicht die Situation von Eingewanderten selbst. Anhand von einzelnen Politikindikatoren zeichnet der MIPEX ein umfassendes Bild der Teilhabe-Chancen von Migranten in der Gesellschaft. Die MIPEX-Studie ist eine Initiative des Barcelona Centre for Internationale Affairs und der Migration Policy Group und wird unter anderem von der EU-Kommission, der Heinrich-Böll-Stiftung in Deutschland sowie 50 weiteren europäischen Think Tanks unterstützt.¹¹

Nach den Ergebnissen des Index 2015 geht es in Deutschland mit der Integration von Migranten alles in allem gut voran. Die Mobilität des Arbeitsmarktes funktioniere. Nicht-EU-Bürger genießen demnach annähernd gleiche Rechte, profitieren von verbesserten Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Berufs- und Studienabschlüssen. Hinter Kanada und den skandinavischen Staaten erreicht Deutschland hier einen beachtlichen vierten Platz. Auch sei die Willkommenskultur der deutschen Gesellschaft heute besser als zuvor und der Einfluss rechtsradikaler Parteien als Störfaktor der Integration relativ gering. Negativ seien demgegenüber die fehlende Förderung der Chancengleichheit. Und Fälle von Diskriminierung würden statistisch nicht erfasst. Der Zugang zur Justiz sei für Migranten in Deutschland schwer und die grundlegende medizinische Versorgung unzureichend. Dennoch zeigt der Index auf, dass der Wert der Migration und Integration heute besser verstanden wird als früher und die Politik konkrete Verbesserungen eingeleitet hat.

Das deutsche Zuwanderungsrecht wurde Anfang der 2010er Jahre komplett modernisiert. Mit der ›Blauen Karte‹ für ausländische Akademiker (2012), dem Anerkennungsgesetz (2012) und der Beschäftigungsverordnung (2013) orientiert sich das Recht nun am Potenzial der Migranten. Ihre Qualifikation steht im Mittelpunkt. Offen bleibt nach Hüther bei der Flüchtlingsmigration das Potenzial für einen erfolgreichen Integrationspfad. Das verbaue den Flüchtlingen Optionen. Und es schade der Bundesrepublik. Insofern ist es richtig, nicht der Begrenzung der Zuwanderung sein Augenmerk zu schenken, sondern der Steuerung. So ließe sich manche Sorge nehmen, denn Zuwanderung müsse erfolgreiche Integration zum Ziel haben. Laut Umfragen sei die allgemeine Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderung so niedrig wie nie. Hüther sagt zu Recht, das Deutschland nunmehr eine doppelte Dividende kluger Arbeitsmarkt- und Lohnpolitik genieße: Steigende Erwerbstätigkeit und zunehmende Akzeptanz der Migration (Hüther 2015). Prinzipiell und mit Blick auf den Tsunami der Flüchtlingswellen 2014/2015 stellt sich dabei die Frage, wie Migration von einem relativ chaotischen Zulauf in einen geordneten Integrations-

11 | Vgl. <http://mipex.eu/who-produces-mipex>, aufgerufen am 12. Juni 2015 und www.tagesschau.de/inland/mipex-integration-deutschland-101.html, aufgerufen am 12. Juni 2015.

prozess überführt werden kann. Wieder entsteht das moralische Problem, mit welchen Maßstäben man die ›guten‹ Migranten von den ›schlechten‹ bzw. die ›falschen‹ von den ›richtigen‹ Flüchtlingen unterscheidet und wie man mit beiden Gruppen dann angemessen umzugehen hat. Das ist moralisch manchmal unerträglich, muss aber als Integrationsleistung in vielen einzelnen Fallbewertungen bewältigt werden.